

Beschlüsse des Kantonsrates

12. und 13. Sitzung vom 21. November 2011

1. Das Gesetz zur Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts wird in zweiter Lesung beraten. In der Schlussabstimmung wird dem Gesetz mit einem Stimmenverhältnis von 49 zu 1 zugestimmt. Bei 55 anwesenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 44 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht damit der fakultativen Volksabstimmung.
2. Der Rat nimmt vom Finanzplan 2012–2015 Kenntnis.
3. Die von der Regierung schriftlich beantwortete Interpellation Nr. 2011/1 von Martina Munz vom 21. März 2011 betreffend Finanzausfälle gefährden Standortentwicklung wird zusammen mit dem Finanzplan diskutiert. – Das Geschäft ist erledigt.
4. Die von der Regierung schriftlich beantwortete Interpellation Nr. 2011/2 von Sabine Spross vom 21. März 2011 betreffend Steuergesetzrevision versus Investitionen in die Zukunft wird zusammen mit dem Finanzplan diskutiert. – Das Geschäft ist erledigt.
- 5.1. Mit einem Stimmenverhältnis von 52 zu 1 wird der Steuerfuss für das Jahr 2012 auf 112 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
- 5.2. Mit 47 zu 0 Stimmen wird die Rebsteuer auf 1 Franken pro Are festgesetzt.
- 5.3. Mit 54 zu 0 Stimmen wird der Staatsvoranschlag für das Jahr 2012 genehmigt.
- 5.4. Mit 54 zu 0 Stimmen werden die Verpflichtungskredite im Betrag von 3'155'640 Franken zulasten der Laufenden Rechnung bewilligt.
6. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Grundsatzentscheid für die weitere Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums für den Kanton Schaffhausen vom 1. November 2011 wird zur Vorberatung an eine 11er-Kommission (2011/10) überwiesen. Erstgewählte oder Erstgewählter ist ein Mitglied der SVP-JSVP-EDU-Fraktion. Die Zusammensetzung der Kommission wird an der nächsten Sitzung bekannt gegeben.
7. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates betreffend Genehmigung der Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich betreffend die Aufsicht über Einrichtungen der beruflichen Vorsorge wird, da es sich bei dieser Vorlage um eine rein formale Angelegenheit handelt, keiner Kommission zur Vorberatung zugewiesen, sondern direkt auf die Traktandenliste gesetzt.

8. Dem Wunsch der SVP-JSVP-EDU-Fraktion, in der Spezialkommission 2011/8 «Polizeiorganisationsgesetz» Samuel Erb durch Manuela Schwaninger zu ersetzen, wird entsprochen.